UNGARN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2025

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit 2010 regiert die Fidesz (*Fidesz – Magyar Polgári Szövetség*, Fidesz – Ungarischer Bürgerbund) unter Führung Viktor Orbáns – mit kurzen Unterbrechungen – nahezu durchgehend mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. Bei den letzten Wahlen im Frühjahr 2022 schlossen sich sechs Oppositionsparteien – sozialdemokratische, links-grüne, liberale und rechtskonservative – zum Wahlbündnis »Vereint für Ungarn« zusammen und traten mit einem gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten an. Allerdings einte sie im Wesentlichen nur das Ziel, den rechtsnationalen Regierungschef abzulösen. In einem Wahlkampf, der stark vom Ukraine-Krieg geprägt war, konnte Fidesz schließlich 54,13 Prozent der Stimmen auf sich vereinen – ein Plus von 4,8 Prozent – und errang erneut eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Die Fidesz hat sich in den Jahrzehnten von einer eher liberalen zu einer nationalkonservativen Partei gewandelt. Entsprechend wechselten auch die europäischen Parteiaffiliationen: Im Jahr 2000 wechselte Fidesz von der Liberalen Internationalen in die konservative Europäische Volkspartei (EVP) hinein, deren Mitglied sie bis 2021 blieb. Aufgrund zunehmender Spannungen hinsichtlich der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und demokratischer Werte in Ungarn wurde die Mitgliedschaft der Partei suspendiert. Nachdem die EVP-Fraktion ihre Geschäftsordnung änderte, um den Ausschluss ganzer Delegationen zu ermöglichen, trat Fidesz am 3. März 2021 aus der EVP-Fraktion aus. Im Jahr 2024 schloss sich Fidesz der neu gegründeten Fraktion »Patrioten für Europa« an, die sich als rechtskonservative, national orientierte Kraft im parteipolitischen Spektrum des Europäischen Parlaments positioniert. Nach der Zahl ihrer Mandate bilden die »Patrioten für Europa« die drittgrößte Fraktion im Europäischen Parlament.

Im Zuge dieser Entwicklungen ist Viktor Orbán zu einem der umstrittensten Politiker Europas geworden – nicht zuletzt wegen seines anhaltenden Konflikts mit der EU, der bis ins Jahr 2010 zurückreicht. Die Spannungsfelder reichen von Einschränkungen der Medienfreiheit über die Unabhängigkeit der Justiz sowie der Freiheit von Wissenschaft und Bildung bis hin zur mangelnden Akzeptanz und Gleichstellung der LGBTIQ-Community sowie einer restriktiven Migrationspolitik.

Innenpolitisch konnte die Fidesz aufgrund ihrer starken demokratischen Mandate mit Zweidrittelmehrheiten im Parlament den Umbau und die Ausrichtung des politisch-administrativen Systems auf die Partei problemlos durchsetzen. Die nach dem Systemwechsel 1990 lediglich modifizierte Verfassung wurde durch ein neues Grundgesetz ersetzt. Medien und kulturelle Institutionen gerieten ins Visier der Partei und ihrer Personalpolitik, ebenso wurden das Streikrecht und das Arbeitsgesetzbuch zum Nachteil von Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften verändert. Zentrale öffentliche Ämter wurden systematisch mit loyalen Parteianhängerinnen besetzt. Das von Orbán unmittelbar nach dem Wahlsieg von 2010 mit großem Pomp proklamierte politische »System der Nationalen Zusammenarbeit« (*Nemzeti Együttműködés Rendszere*, NER) stellte sich rasch als euphemistische Umschreibung eines tendenziell autokratischen, weitestgehend auf Viktor Orbán ausgerichteten Politikstils heraus. Als Achillesferse des Fidesz-Systems muss zunehmend die Frage von Vetternwirtschaft und Korruption gelten. Diese Phänomene reichen bis in das unmittelbare Umfeld Orbáns: Ein ehemaliger Klassenkamerad ist mittlerweile der reichste Ungar; zu der Kategorie der reichsten Ungar_innen zählen auch Orbáns Schwiegersohn und seine Tochter.

Fidesz brachte die Medien in dieser Zeit immer mehr unter seinen Einfluss. Die öffentlich-rechtlichen Sender wurden verstaatlicht, private Medienunternehmen wechselten den Eigentümer. Orbán hat mit einem System von Stiftungen, deren Kuratorien mit parteitreuen Gefolgsleuten besetzt sind, sein Machtgefüge weiter ausgebaut. Besonders betroffen sind die staatlichen Universitäten, die aus der staatlichen Zuständigkeit ausgegliedert und in Stiftungsmodelle nach US-Vorbild überführt wurden.

Die Oppositionsparteien haben seit 2010 keine Antwort auf die Dominanz der Fidesz gefunden. Das gilt vor allem für die beiden sozialdemokratischen Parteien MSZP (*Magyar Szocialista Párt*, Ungarische Sozialistische Partei) und DK (*Demokratikus Koalíció*, Demokratische Koalition), die in einem starken Rivalitätsverhältnis zueinanderstehen. Beide Parteien befinden sich im Moment in einer tiefen Krise und stehen zusammen bei lediglich 5 bis 6 Prozent der Wahlabsichten. Die momentan wichtigste Oppositionskraft ist die 2024 gegründete TISZA-Partei (*Tisztelet és Szabadság Párt*, Partei für Respekt und Freiheit). Sie wurde im April 2024 von Péter Magyar gegründet, einem früheren Fidesz-Mitglied (und Ehemann der früheren Justizministerin Judith Varga), der die TISZA als alternative Kraft sowohl zur Regierung als auch zur etablierten Opposition positionierte. Sie präsentiert sich vor allem als konservativ-nationalistisch mit einem Fokus auf lokale Interessen und Bürgernähe. Ihr Auftreten hat das politische Gleichgewicht in Ungarn spürbar verschoben, da sie sowohl regierungsnahe als auch oppositionelle Wähler_innen anspricht. Bei den Europawahlen 2024 erzielte die TISZA-Partei mit 29,6 Prozent der Stimmen ein überraschend starkes Ergebnis und wurde mit sieben Sitzen zweitstärkste Kraft nach Fidesz. Ihre Abgeordneten schlossen sich der konservativen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament an. Umfragen vom Mai 2025 sehen die TISZA-Partei je nach Institut bei einer Wählerunterstützung zwischen 29 und 45 Prozent. Damit hat sie sich als stärkste Oppositionskraft etabliert. Auf dieser Grundlage könnte sie bei den Parlamentswahlen im Mai 2026 zu einer ernst zu nehmenden Herausforderin für Fidesz werden – zugleich jedoch auch eine »kannibalisierende« Wirkung auf die übrigen, ohnehin geschwächten Oppositionsparteien unterschiedlicher politischer Couleur entfalten.

Mit seiner Russland-Politik, die auf enge wirtschaftliche Beziehungen mit dem Putin-Regime setzt und die Aufhebung der von Ungarn nur widerwillig mitgetragenen EU-Sanktionen fordert, hat sich das Land innerhalb der westlichen Allianz isoliert. Diese Außenseiterrolle Ungarns wird noch verstärkt durch die Blockadehaltung der Orbán-Regierung bei der Aufnahme der Ukraine in die EU und in die NATO. Auch bei der Verurteilung des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zeigte sich die Regierung äußerst zurückhaltend: Ungarn beteiligt sich weder an Waffenlieferungen noch erlaubt es den Transport militärischer Güter über sein Staatsgebiet.

Darüber hinaus unterhält Fidesz enge Beziehungen zur israelischen Likud-Partei. Ungarn gehört zu den stärksten Unterstützern der aktuellen israelischen Regierung und ihrer Politik in Gaza. Anfang April stattete Premierminister Benjamin Netanjahu Ungarn einen Besuch ab; bei dieser Gelegenheit erklärte die ungarische Regierung ihren Austritt aus dem Internationalen Strafgerichtshof.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Ungarn war zu Beginn der »großen Transformation« Anfang der 1990er-Jahre ein Musterschüler nicht nur des politischen, sondern auch des wirtschaftlichen Systemwandels und das beliebteste Ziel ausländischer Direktinvestitionen in der Region. Auch wenn die relative Durchdringung der ungarischen Wirtschaft mit ausländischen Direktinvestitionen inzwischen – wie in der Region insgesamt – leicht rückläufig ist, bleibt sie insgesamt sehr stark abhängig vom Engagement multinationaler Konzerne. Das gilt insbesondere für die Automobilproduktion, in der deutschen Konzernen eine besondere Bedeutung zukommt. Ungarn ist ein Musterbeispiel für den nach dem Systemwechsel entstandenen »dependent market capitalism« in Mittelosteuropa, in dem die Schlüsselsektoren der Industrie unter Kontrolle transnationaler Unternehmen sind. Es gibt nur wenige ungarische Firmen – vor allem im Pharmabereich, aber auch im Softwarebereich –, die eine gewisse Größe erreichen konnten.

Die Fidesz versuchte nach 2010, dieses Modell etwas zu modifizieren und in einigen ausgewählten Sektoren die Rolle nationaler Unternehmen und Unternehmer zu stärken. Dieses Vorhaben blieb jedoch weitgehend begrenzt und führte zu Spannungen mit ausländischen Konzernen sowie mit den Regierungen jener Länder, die diese wirtschaftlich unterstützen. Eine zunehmende Rolle spielen chinesische Unternehmen. Sowohl der Batteriegigant CATL (*Contemporary Amperex Technology Co. Limited*) als auch der E-Auto-Riese BYD (*Build Your Dreams*) haben Fabrikationsstätten mit Blick auf den EU-Binnenmarkt in Ungarn errichtet. Insbesondere im Batteriesektor dient dies auch der Versorgung der stark in Ungarn vertretenen deutschen Automobilhersteller – BMW, Mercedes und Audi.

SOZIALPOLITIK

Sozialpolitisch ist die Prägung durch den Liberalismus immer noch erkennbar. Orbáns Vision einer »Gesellschaft der Arbeitenden« folgt der Devise, dass nur jene Unterstützung erwarten dürfen, die auch dafür arbeiten (so sie können). Als Instrumente des Umbaus »von einer Wohlfahrts- zu einer Arbeitsgesellschaft« wurden Pauschalsteuern auf Einkommen von inzwischen nur noch 15 Prozent und auf Unternehmenssteuern von gerade einmal 9 Prozent eingeführt. Zudem verkürzte eine arbeitgeberfreundliche Arbeitsgesetzgebung die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf drei Monate und bis zur Grenze des Mindestlohnniveaus. Gestrichen wurden nahezu alle Sozialtransfers zugunsten eines sogenannten »Public-Works«-Programms von staatlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen der Kommunen. Die Einkommensungleichheit ist in Ungarn während der Regierungszeit von Fidesz seit 2010 infolge eines gezielt vorangetriebenen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umbaus deutlich gewachsen.

ARBEITSMARKT

Für Anfang 2025 ermittelte das Nationale Arbeitsamt eine Arbeitslosenquote von 4,4 Prozent. Laut Angaben des Zentralen Statistikamts KSH (*Központi Statisztikai Hivatal*) lag die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 74 Jahren im Zeitraum Februar bis April 2025 bei 4,673 Millionen – das sind 32 000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Auf dem primären Arbeitsmarkt waren 4,503 Millionen Menschen beschäftigt, was einem Rückgang von 34 000 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2024 entspricht. Im »Public Works«-Programm waren 67 000 Personen tätig, während 103 000 Ungar_innen im Ausland einer Erwerbstätigkeit nachgingen.

Zeitgleich belief sich die Zahl der registrierten Arbeitsuchenden auf 228 000.

Der Fachkräftemangel stellt weiterhin eine zentrale Herausforderung dar. Bis 2030 wird ein landesweites Arbeitskräftedefizit von rund 300 000 erwartet. Zur Kompensation des Mangels an inländischen Arbeitskräften wird vermehrt auf ausländische Arbeitskräfte gesetzt, die über zeitlich begrenzte Gastarbeiterkontingente angeworben werden. Der Anteil von Beschäftigten aus Drittstaaten beträgt derzeit 2,8 Prozent, jener aus der EU/EWR nur 0,2 Prozent. Insgesamt kommen also nur 3 Prozent der Arbeitskräfte in Ungarn aus dem Ausland – der niedrigste Anteil unter den Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn). Andererseits pendeln täglich rund 60 000 Ungar_innen nach Österreich, wo bereits 120 000 ihrer Landleute dauerhaft leben und arbeiten. Auch die Zahl der arbeitenden Rentner_innen steigt stetig – aktuell sind etwa 130 000 Pensionierte erwerbstätig.

LOHNENTWICKLUNG

Ungarn litt in den vergangenen Jahren unter einer der höchsten Inflationsraten Europas. Diese Entwicklung hatte sehr negative Auswirkungen auf die Kaufkraft der Durchschnittsgehälter. Trotz steigender Nominallöhne (plus 8,4 % im März 2025 im Vergleich zum Vorjahr) sinken die Reallöhne. Viele kleine Unternehmen können keine adäquaten Lohnerhöhungen leisten. Gewerkschaften fordern daher eine stärkere Annäherung an den EU-Durchschnitt. Der Medianlohn liegt mit 550 000 Forint (ca. 1 375 €) deutlich unter dem Durchschnittslohn (714 400 Forint, 1 786 €). Die Nettomedianeinkommen betragen etwa 990 €.

Das Ständige Konsultationsforum VKF (*Versenyszféra és a Kormány Állandó Konzultációs Fóruma*) von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften mit der Regierung einigte sich Ende 2024 auf eine dreijährige Lohnvereinbarung. Der ungarische Bruttomindestlohn beträgt ab 1. Januar 2025 290 800 Forint (ca. 727 €), der garantierte Mindestlohn für Qualifizierte 348 800 Forint (ca. 872 €). Diese zweistufige Struktur ist in der EU einzigartig. Bis 2027 sollen die Mindestlöhne schrittweise auf 927 € steigen.

Der Nettomindestlohn liegt 2025 bei 478 €, 40 € mehr als im Vorjahr. Im EU-Vergleich steht Ungarn mit seinem Bruttomindestlohn an vorletzter Stelle; der EU-Durchschnitt liegt bei 1 210 €. Auch kaufkraftbereinigt (6,15 €/h) befindet sich Ungarn im unteren Drittel.

SCHLÜSSELSEKTOR AUTOMOBIL

Die ungarischen Gewerkschaften in der Automobilindustrie agieren zurzeit in einem besonders schwierigen Umfeld. 2024 sank die Zahl der Beschäftigten im Fahrzeugbau um 2,1 Prozent auf 102 300. Besonders betroffen waren mittelständische Zulieferer, bei denen der Stellenabbau teilweise gravierend ausfiel. Grund dafür ist u. a. die zunehmende Eigenproduktion von Komponenten wie Elektromotoren durch die Großhersteller.

Ungarn entwickelt sich zunehmend zum strategischen Zentrum der europäischen Elektromobilität. Laut einem Bericht der Tageszeitung *Világgazdaság* vom März 2024 laufen derzeit Investitionen in der Größenordnung von rund 8 000 Milliarden Forint (etwa 20 Milliarden Euro), deren Umsetzung größtenteils bis Ende 2025 geplant ist, vor allem in die Batteriezellenproduktion. Ziel ist die Etablierung der kompletten E-Auto-Wertschöpfungskette im Land. Unternehmen wie SK Innovation und CATL errichten Werke mit Kapazitäten von bis zu 100 GWh. Ungarn steht somit kurz davor, hinter Deutschland zum zweitgrößten Batteriezellenproduzenten europaweit aufzusteigen.

Auch die Automobilproduktion wächst: Mit dem Aufbau neuer Werke könnte die Jahresproduktion bald von 500 000 auf 750 000 Fahrzeuge steigen – fast auf slowakisches Niveau. Ungarn steht damit kurz davor, sich als führender Standort der europäischen Automobil- und Elektromobilitätsindustrie zu etablieren.

Schlüsselprojekte für die Zukunft des Sektors sind das BMW-Werk in Debrecen, das ab Ende 2025 jährlich 150 000 vollelektrische Fahrzeuge fertigen und über 1 000 neue Jobs schaffen soll (bereits im Mai 2025: fast 3 000 Beschäftigte), sowie die geplante Elektroautofabrik des chinesischen Herstellers BYD in Szeged, wo bis zu 300 000 Fahrzeuge jährlich vom Band laufen und Tausende neuer Arbeitsplätze entstehen sollen. Dank niedriger Produktionskosten wird auch bei Mercedes in Kecskemét ein neues Modell gefertigt. Die dortigen 4 500 Mitarbeiter erhielten 800 000 Forint (2 000 €) Erfolgsbeteiligung – ein positives Signal für den Standort.

WACHSTUMSPERSPEKTIVEN

Die Ungarische Nationalbank (*Magyar Nemzeti Bank*, MNB) meldete für das vierte Quartal 2024 ein Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent. Haupttreiber war der Dienstleistungssektor, während Industrie, Bau und Landwirtschaft stagnieren. Der Konsum stieg weiter, doch sinkende Investitionen (–2,8 Prozentpunkte) und Nettoexporte (–0,5) verringerten das Wachstum. Anfang 2025 setzte sich die Konjunkturerholung fort, die Beschäftigung blieb stabil.

Die Inflation erreichte im Februar 2025 5,6 Prozent – getrieben durch hohe Preisanstiege bei Dienstleistungen, Lebensmitteln und Industriegütern. Nur die Preise für Kraftstoffe wirkten dämpfend. Im Jahresverlauf wird eine allmähliche Abschwächung der Inflation erwartet, doch die Teuerung bleibt vorerst über dem Toleranzband der MNB. 2025 wird mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 4,5 bis 5,1 Prozent gerechnet, das Ziel von 3 Prozent könnte erst Ende 2026 erreicht werden.

Zur Dämpfung der Inflation führte die Regierung ab 2021 Preisstopps für Grundnahrungsmittel und Treibstoffe ein. Diese Maßnahme war umstritten, führte zu Versorgungsengpässen und wurde 2023 weitgehend aufgehoben. Dennoch bleibt staatliche Preiskontrolle – vor allem im Lebensmittelbereich, aber auch bei Wohnnebenkosten – ein zentrales Element der Regierungspolitik, besonders im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2026.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Mit der Regierung Viktor Orbáns hat der soziale Dialog an Bedeutung verloren und erfüllt inzwischen nur noch eine Schaufensterfunktion. Die wiederholten Versuche der Sozialpartner, an dieser für sie unbefriedigenden Situation etwas zu ändern, scheiterten an der Fidesz-Regierung. Sie bevorzugt statt des sozialen Dialogs in Fachgremien den Mechanismus der sogenannten »Nationalen Konsultation« direkt mit der wahlberechtigten Bevölkerung. Diese Konsultationen erfolgen über Fragebögen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, die über die Post den Haushalten zugestellt werden.

Den Begriff »Nationale Konsultation« verwendete Viktor Orbán – noch als Oppositionspolitiker – erstmals in seiner Rede zur »Lage der Nation« im Jahre 2005, in der er versprach, seine geplanten Maßnahmen auf der Grundlage des Dialogs mit den Wähler_innen aufzubauen. Allerdings setzt dieser Begriff keinerlei Verbindlichkeit für die politisch Handelnden voraus. In keinem Fall kann dieses Format die regelmäßige fachbezogene Interessenabstimmung im sozialen Dialog der Regierung mit den Sozialpartnern ersetzen.

Gewerkschaftsdachverbände erhalten in Ungarn staatliche Subventionen. Im Kontext entsprechender EU-Ziele erhielten die Gewerkschaften seit 2024 auch staatliche Mittel, um Organizing-Initiativen in den Betrieben zu finanzieren.

Im Jahr 2023 wurde die *Audi Hungária Független Szakszervezet* (AHFSZ, Unabhängige Gewerkschaft Audi Hungaria) mit schwerwiegenden Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Zwei damalige Vorstandsmitglieder stehen im Verdacht, über einen längeren Zeitraum hinweg erhebliche Summen veruntreut zu haben. Die Behörden nahmen die Verdächtigen im November 2023 fest, das Ermittlungsverfahren läuft seither. Infolge des Vorfalls trat der verbliebene Vorstand geschlossen zurück, und es wurden Neuwahlen eingeleitet. Trotz des Vorfalls bleibt die finanzielle Stabilität der Organisation gewährleistet. Es handelt sich um einen Einzelfall, der nicht repräsentativ für die ungarischen Gewerkschaften ist.

GEWERKSCHAFTEN IN UNGARN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Zuge der Wende erlebte die ungarische Gewerkschaftslandschaft einen tiefgreifenden Umbruch. Bereits vor dem Systemwechsel gründete sich die Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften (*Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája*, LIGA). In den beiden folgenden Jahren zerfiel der im kommunistischen System allein existierende Landesrat der Gewerkschaften SZOT (*Szakszervezetek Országos Tanácsa*) nach und nach in vier größere gewerkschaftliche Bündnisse: Neben dem MSZOSZ (*Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége*, Landesverband Ungarischer Gewerkschaften), der vor allem Gewerkschaften der Wettbewerbssphäre organisierte und engere Beziehungen zur Ungarischen Sozialistischen Partei MSZP (*Magyar Szocialista Párt*) pflegte, bildeten sich die Konföderation ASZSZ (*Autonóm Szakszervezetek Szövetsége*, Konföderation der Autonomen Gewerkschaften), das Forum für Gewerkschaftliche Zusammenarbeit SZEF (*Szakszervezetek Együttműködési Fóruma*) und die Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz ÉSZT (*Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés*) heraus. Deren Organisationsschwerpunkte liegen im öffentlichen Sektor bzw. im Bereich öffentlicher Versorgungsunternehmen und der Chemieindustrie. Mit dem 1990 gegründeten Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ) entstand neben der LIGA noch eine weitere neue Konföderation, die sich vom früheren SZOT abgrenzte und Arbeitnehmer_innen in allen Sektoren und Branchen vertritt.

Abgesehen von einigen kleineren Zusammenschlüssen gelang erst im Jahr 2013 mit der Vereinigung von MSZOSZ und der ASZSZ eine Fusion größeren Ausmaßes. Aus dieser Verbindung ging der Ungarische Gewerkschaftsbund (*Magyar Szakszervezeti Szövetség*, MASZSZ) hervor, welcher heute nach der Mitgliederzahl der größte Dachverband ist und hauptsächlich Arbeitnehmer_innen in der Industrie und in der privaten Dienstleistungsbranche vertritt. Durch die Anerkennung des »Siebten Gewerkschaftsbundes«, dem MSZ EDDSZ (*Magyarországi Munkavállalók Szociális és Egészségügyi Ágazatban Dolgozók Demokratikus Szakszervezete*, Demokratische Gewerkschaft der ungarischen Arbeitnehmer im Sozial- und Gesundheitssektor), wurde jedoch die beschränkte Flurbereinigung der zersplitterten Gewerkschaftslandschaft infolge der großen Fusion von 2013 in gewisser Weise wieder konterkariert.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Während allein schon die Existenz von sieben Dachverbänden auf der obersten Ebene der Arbeitnehmer_inneninteressenvertretung auf eine zerklüftete Gewerkschaftslandschaft in Ungarn hinweist, wird dieser seit dem Systemwechsel kaum veränderte Zustand durch die weitaus stärkere Fragmentierung auf den darunterliegenden Stufen der Branchen- und Betriebsverbände noch mehr hervorgehoben.

Die in beiden Tabellen aufgeführten Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der jeweiligen Organisationen und sind erfahrungsgemäß – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur als bedingt zuverlässige Daten zu bewerten. Selbst Insider der ungarischen Gewerkschaftsbewegung gehen eher von geringeren Zahlen als den offiziell genannten aus.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Gewerkschaften in Ungarn sind im Grundgesetz und im Arbeitsgesetzbuch verankert. Seit der umfassenden Arbeitsrechtsreform im Jahr 2012 und weiteren legislativen Änderungen hat sich der rechtliche Rahmen jedoch spürbar verschlechtert. Zwar ist die Gründung von Gewerkschaften formal frei, in der Praxis gestaltet sie sich insbesondere im privaten Sektor zunehmend schwierig. Dies betrifft sowohl die rechtliche Absicherung als auch den faktischen Handlungsspielraum von Gewerkschaften in Betrieben. Ungarn hat die acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, darunter die Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit, zum Verbot von Zwangs-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Ungarn

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Magyar Szakszervezeti Szövetség, MASZSZ, (Ungarischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Róbert Zlati Stv. Vorsitz: Gyula Pallagi, Viktor Kispál	81 720	IGB, EGB FERPA
Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája, LIGA (Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitz: Dr. Melinda Doszpolyné Mészáros Stv. Vorsitz: István Árkovics	81 000	IGB, EGB
Munkástanácsok Országos Szövetsége, MOSZ (Nationaler Verband der Arbeiterräte) Nächster Kongress im Mai 2023	Vorsitz: Imre Palkovics Stv. Vorsitz: Dr. Imre Szilárd Szabó, Lajos Baumgartner, Zsolt Kozma, Gábor Holecz	45 000	IGB, EGB, EUCDW
Szakszervezetek Együttműködési Fóruma, SZEF (Forum für Gewerkschaftskooperation)	Vorsitz: Csaba Csóti Stv. Vorsitz: Gábor Gosztonyi, Viktória Szűcs, Róbert Tamás Szabó, Lajos Szatmári	28 819	EGB
Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés, ÉSZT (Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz)	Vorsitz: László Lasek Stv. Vorsitz: Dr. Zoltán Berki, Dr. Sándor Dráviczki, Ferenc Schumacher	13 966	EGB, EUROCADRES
Magyarországi Munkavállalók Szociális és Egészségügyi Ágazatban Dolgozók Demokratikus Szakszervezete, MSZ EDDSZ (Demokratische Gewerkschaft ungarischer Arbeitnehmer_innen im Sozial- und Gesundheitssektor)	Vorsitz: Ágnes Cser Stv. Vorsitz: Istvánné Orbán	5 000 (2023)	–

und Kinderarbeit sowie zur Gleichbehandlung. Dennoch kritisieren internationale Organisationen regelmäßig die mangelhafte Umsetzung, insbesondere die Einschränkungen beim Streikrecht und das Fehlen eines effektiven sozialen Dialogs.

Gewerkschaften können sich auf betrieblicher, sektoraler und nationaler Ebene organisieren. Die wesentlichen Kompetenzen konzentrieren sich zumeist auf die sektoralen Verbände und Dachorganisationen. Dennoch spielen auch betriebliche Gewerkschaften eine wichtige Rolle, vor allem im öffentlichen Dienst und in staatsnahen Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Verkehr.

Laut Angaben des Zentralen Statistikamts (KSH) beschäftigten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Jahr 2022 rund 67 Prozent der in der Unternehmenssphäre tätigen Erwerbstätigen in Ungarn. Dieser Anteil ist seit Jahren relativ konstant und unterstreicht die zentrale Bedeutung der KMU für den heimischen Arbeitsmarkt. Zugleich erschwert diese Unternehmensstruktur die gewerkschaftliche Organisierung erheblich – auch in Ungarn.

In den letzten Jahren wurden die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften weiter eingeschränkt. Besonders deutlich zeigt sich dies beim Streikrecht. In mehreren Bereichen, darunter dem Bildungswesen, wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für Streiks so restriktiv gestaltet, dass Arbeitsniederlegungen de facto kaum möglich sind. Lehrer_innen, die 2022 und 2023 streikten, mussten mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Kündigung rechnen. Auch Tarifverhandlungen finden nur noch in wenigen Branchen regelmäßig statt, und die Arbeitgeber zeigen oft geringes Interesse an betrieblichen Kollektivverträgen. In vielen Fällen behinderten Arbeitgeber die gewerkschaftliche Organisierung in ihren Betrieben.

Das Arbeitsgesetzbuch von 2012, die Änderung des Streikgesetzes, die Verringerung der Anzahl der Arbeitsgerichte, die Entwertung des sozialen Dialogs, steuerliche Anreize für Arbeitgeber und großzügige Subventionen verfolgten durchgängig ein Ziel: Arbeit in Ungarn so kostengünstig wie möglich zu gestalten. Denn Arbeit ist nicht nur dann billig, wenn die Löhne niedrig sind, sondern auch, wenn Beschäftigte jederzeit zur Arbeit herangezogen werden können, Überstunden gar nicht oder erst verspätet vergütet werden, Kündigungen erleichtert werden, Arbeitnehmer_innen kaum Rechte oder Freiheiten besitzen, keinen Zugang zu Aus- und Weiterbildung haben und wenn es keine ausreichend starke Gewerkschaft gibt, die ihre Interessen wirksam vertreten kann. In der Folge kommt es täglich zu zahllosen Rechtsverletzungen am Arbeitsplatz. Doch der Machtmissbrauch durch Arbeitgeber bleibt häufig unbeachtet – auch weil eine organisierte Interessenvertretung oft fehlt, um solche Missstände öffentlich zu machen oder rechtlich zu bekämpfen.

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Ungarn

Branchenverband/Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Magyar Vegyipari, Energiaipari és Rokon Szakmákban Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, VDSZ (Gewerkschaftsverband der ungarischen Chemie-, Energie- und verwandten Berufe)	MASZSZ	Vorsitz: Tamás Székely Stv. Vorsitz: László Kovács	20 514	IndustriAll, IndustriAll Europe
Vasas Szakszervezeti Szövetség, VASAS (Metallgewerkschaft)	MASZSZ	Vorsitz: Dr. Lívia Spieglné Balogh Stv. Vorsitz: Zoltán László, Balázs Bábel	17 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Vasutasok Szakszervezete, VSZ (Eisenbahnergewerkschaft)	MASZSZ	Vorsitz: János Meleg Stv. Vorsitz: Csaba Horváth, Róbert Zlati	12 500 (davon 8 500 aktiv)	ETF
Kereskedelmi Alkalmazottak Szakszervezete, KASZ (Gewerkschaft der gewerblichen Arbeitnehmer_innen)	MASZSZ	Vorsitz: Zoltán Karsai Stv. Vorsitz: Alíz Kiss-Rigó	8 000	UNI Europa, UNI Global
Pedagógus Szakszervezet, PSZ (Lehrer_innengewerkschaft)	SZEF	Vorsitz: Tamás Totyik Stv. Vorsitz: Gábor Gosztonyi, Tünde Tóth	7 902	ETUCE, IE
Mérnökök és Technikusok Szabad Szakszervezete, MTSzSz (Freie Gewerkschaft der Ingenieur_innen und Techniker_innen)	LIGA	Vorsitz: Erzsébet Buzásné Putz Stv. Vorsitz: László Sulyok, László Dzama Demjén; András Novodonszki, Gábor Nyitrai	12 827	EUROCADRES
Egyesült Villamosenergia-Ipari Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, EVDSZ (Vereinigte Gewerkschaft für Elektrizität und Industrie)	LIGA	Vorsitz: Dr. József Szilágyi stv. Vorsitz: József Téglás	7 749	EPSU, PSI IndustriAll, IndustriAll Europe
Vízügyi Közszolgáltatási Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, VKDSZ (Gewerkschaft der öffentlichen Wasserversorgung)	LIGA	Vorsitz: József Fürjes Stv. Vorsitz: Sándor Kovács, Zsolt Szikra	6 000 (2023)	EPSU, PSI
Postás Szakszervezet, PSZ (Postgewerkschaft)	LIGA	Vorsitz: Zsuzsanna Tóth Stv. Vorsitz: Ildikó Burján	3 150	UNI Europa, UNI Global
Audi Hungária Független Szakszervezet, AHFSZ (Unabhängige Gewerkschaft AUDI Ungarn)	–	Vorsitz: Dávid Zsidi Stv. Vorsitz: Róbert György Fekete, Zoltán Majer, György Csalogány, Péter Ruff	9 000	Intersoli Mitteloseuropa
Vasúti Dolgozók Szabad Szakszervezete, VDSzSz (Freie Eisenbahngewerkschaft)	–	Vorsitz: Zoltán Halasi Stv. Vorsitz: Tibor Mózes	8 000 (aktiv)	ETF, ITF
Pedagógusok Demokratikus Szakszervezete, PDSZ (Demokratische Gewerkschaft der Lehrer_innen)	–	Vorsitz wird durch Nationalkomitee ausgeübt. Vorsitz des Nationalkomitees: Erzsébet Nagy	3 287	ETUCE, EI

Besonders aktiv zeigte sich der Bildungssektor, doch auch im Verkehrs- und Industriesektor kam es zu Arbeitskämpfen. So traten im Januar 2023 Busfahrer des staatlichen Unternehmens Volánbusz für zwei Tage in den Streik. Im März 2024 organisierte die Metallgewerkschaft VASAS (*VASAS Szakszervezeti Szövetség*) einen zweistündigen Warnstreik im Mercedes-Werk in Kecskemét, mit der Forderung nach inflationsausgleichenden Lohnerhöhungen. Ebenfalls im März 2024 legten bei Autoliv, einem schwedischen Automobilzulieferer in Sopronkövesd, rund 80 Prozent der Beschäftigten die Arbeit für 24 Stunden nieder.

Diese Beispiele zeigen, dass die ungarischen Gewerkschaften trotz widriger gesetzlicher Rahmenbedingungen bemüht sind, die Interessen der Beschäftigten mit Nachdruck zu vertreten.

Seit dem 1. Januar 2024 dürfen laut neuer Gesetzgebung öffentliche Arbeitgeber in Ungarn die Mitgliedsbeiträge für Gewerkschaften nicht mehr automatisch vom Gehalt der Beschäftigten abziehen, was eine weitere Maßnahme zur Schwächung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst darstellt. Der Gewerkschaftsdachverband SZEF, der seine Mitglieder ausschließlich im Öffentlichen Dienst organisiert, hat innerhalb eines Jahres infolge dieser Maßnahme rund 10 000 Mitglieder verloren. Die Regelung gilt derzeit nur für den öffentlichen Sektor. Im privaten Sektor ist der automatische Einzug weiterhin möglich.

Ebenfalls im Jahr 2024 trat in Ungarn eine Gesetzesnovelle in Kraft, die die betriebsärztliche Vorsorge – insbesondere die Eignungsuntersuchungen – stark einschränkt. Begründet wurde der Schritt mit der »Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und dem Bürokratieabbau«. Die Initiative dazu ging von der Ungarischen Industrie- und Handelskammer (*Magyar Kereskedelmi és Iparkamara*, MKIK) sowie von Arbeitgeber- und Bankenverbänden aus. Gewerkschaften, die Ärztekammer und andere relevante Akteure wurden nicht einbezogen – obwohl die Gesundheit der Beschäftigten klassischerweise ein tripartites Anliegen ist. Die aktuelle arbeitsmedizinische Lage ist bereits besorgniserregend: Rund 10 Prozent aller Todesfälle stehen im Zusammenhang mit Arbeitsbedingungen, über 3 000 Menschen sterben jährlich, weil sie gesundheitsgefährdenden Stoffen ausgesetzt sind. Eine einheitliche Methodik zur Risikobewertung fehlt seit fast drei Jahrzehnten. Ungarn verfügt über lediglich 0,46 Arbeitsschutzbeauftragte pro 100 000 Arbeitnehmer_innen. Zudem arbeiten vielerorts Betriebsärzt_innen ohne entsprechende Fachqualifikation. Die Gesetzesänderung überträgt den Arbeitgebern weitreichende Entscheidungskompetenzen – auch bei medizinischen Eignungsfragen. In vielen Fällen bleibt unklar, ob eine Untersuchung überhaupt verpflichtend ist. Damit droht eine weitere Schwächung des ohnehin geringen Arbeitsschutzes.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Kernaufgaben der Gewerkschaften sind die klassischen »Aufträge« seitens der Arbeitnehmer_innen, mit anderen Worten, die Interessenvertretung und -durchsetzung am Arbeitsplatz.

Die Organisierung von Arbeitnehmer_innen gehört zu den zentralen Aufgaben von Gewerkschaften. In Ungarn ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad jedoch seit Jahren rückläufig und liegt aktuell knapp unter 10 Prozent.

In den letzten zwei Jahren ist beim Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ) eine positive gewerkschaftliche Entwicklung zu beobachten – insbesondere im Metall- und Maschinenbau. Die Mitgliedsgewerkschaft ÉTMOSZ (*Életre Tervezett Munkavállalók Országos Szakszervezete*, Fürs Leben gestaltet) vertritt inzwischen rund 2 500 Beschäftigte an sechs Standorten, darunter Bosch, thyssenkrupp AG, SEGA Hungary (*SEG Automotive Hungary Kft.*) und ZF Hungária Kft. (Kft. = *Korlátolt Felelősségű Társaság*, Gesellschaft mit beschränkter Haftung {GmbH}). Ein besonderes Signal für den Ausbau der gewerkschaftlichen Präsenz ist die erfolgreiche Gründung einer neuen Betriebsgewerkschaft bei Apollo Tyres, wo innerhalb weniger Wochen 200 neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Der Industrieverband des MOSZ zählt mittlerweile fast 5 000 Mitglieder, u. a. bei Lear, Stellantis, Kühne+Nagel und Flextronics.

Im März 2024 kündigte das ungarische Ministerium für nationale Wirtschaft (*Nemzetgazdasági Minisztérium*, NGM) ein neues EU-finanziertes Förderprogramm an, das darauf abzielt, die Kapazitäten der Sozialpartner zu stärken. Das Programm verfügt über ein Gesamtbudget von 9,24 Milliarden Forint (ca. 23 Millionen Euro), wovon 85 Prozent von der Europäischen Union und 15 Prozent vom ungarischen Staat finanziert werden. Ziel des Programms ist es, die Effektivität von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu verbessern, um eine stärkere Interessenvertretung zu ermöglichen. Dies steht im Einklang mit dem Ziel der EU, den Anteil der Arbeitsplätze, die durch Tarifverträge abgedeckt sind, auf 80 Prozent zu erhöhen. Derzeit liegt dieser Anteil in Ungarn bei etwa 20 Prozent.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR POLITISCHES GEWICHT

Das politische und gesellschaftliche Gewicht der Gewerkschaften in Ungarn ist gering. Ungarn bleibt weiterhin das »Land der tausend Gewerkschaften«: Auch wenn die Mitgliederzahlen permanent sinken, erfolgen keine tiefgreifenden Strukturreformen bei den ungarischen Gewerkschaften. Mit der drohenden »Verzwergung« der Gewerkschaftsbewegung verliert die Interessenvertretung der Arbeitnehmer_innen an Durchsetzungsfähigkeit und Bedeutung. Obwohl es in einzelnen Branchen – etwa in der Automobilindustrie oder im öffentlichen Sektor – erfolgreiche Tarifverhandlungen und punktuelle Mobilisierungen gibt, fehlt es den Gewerkschaften insgesamt an institutionellen Hebeln, um auf zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Nationale Konsultationsforen des »sozialen Dialogs« sind in Orbáns »Fassadendemokratie« marginalisiert, die Regierung trifft strategische Entscheidungen (z. B. zu Investitionen, Arbeitsmigration oder Bildungspolitik) ohne systematische Einbindung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind deshalb gut beraten, ihrerseits den engen, dauerhaften Schulterschluss mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu suchen, um somit das politische Gegengewicht der Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken. Nicht allein, sondern nur als Teil eines breiteren zivilgesell-

schaftlichen Bündnisses wären sie gegenwärtig vielleicht noch in der Lage, an positiven gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen mitzuarbeiten und damit neben den gewerkschaftlichen Kernaufgaben auch wieder eine politische (nicht parteipolitische) Rolle zu übernehmen. Der Stellenwert gewerkschaftlicher Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Bewegungen wurde erst bei dem Streik und den Aktionen des zivilen Ungehorsams der Pädagog_innen unter Beweis gestellt.

Im Jahr 2025 schlossen sich auf Initiative der Demokratischen Gewerkschaft der Pädagog_innen mehrere Gewerkschaften – darunter auch einige Industriegewerkschaften – einer breiteren zivilgesellschaftlichen Protestbewegung an. Anlass war das von der Regierung Orbán geplante sogenannte »Transparenzgesetz«. Dieses Gesetz droht Organisationen, die finanzielle Mittel aus dem Ausland erhalten, erhebliche Einschränkungen bei der Finanzierung aufzuerlegen.

Zwar wurde das Gesetzesvorhaben vorerst auf Eis gelegt, jedoch nicht endgültig zurückgezogen. Die Gewerkschaften befürchten aufgrund ihrer internationalen Verbindungen, ebenso wie unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen, als »vom Ausland finanzierte Agenten« eingestuft zu werden – ein Label, das mit weitreichenden staatlichen Auflagen und Einschränkungen verbunden wäre. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass sich das Gesetz in erster Linie gegen die stark aus dem Ausland unterstützte NGO-Landschaft Ungarns richtet – nicht primär gegen die Gewerkschaften.

Edit Németh, *Projektkoordinatorin für Gewerkschaftsprogramme im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Ungarn, Budapest*

Rainer Girndt, *freier Berater in der gewerkschaftlichen und politischen Bildung; in den 1990er-Jahren Leiter des Projekts Gewerkschaftliche Kooperation und industrielle Arbeitsbeziehungen im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Ungarn, Budapest*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union und Nordamerika (EUN)
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN
FES-EUN@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.